

Inhalt

Einleitung	2
1. Prävention, Gesundheitsförderung und Eigenverantwortung stärken	2
2. Bessere Vernetzung und mehr Flexibilität	3
3. Kostensparende Verteilung der Hausärztinnen und -ärzte	3
4. Spitäler aufwerten und Personalmangel bekämpfen	3
5. Innovative Pflege, Palliativ-Care und mehr Ausbildung gegen den Pflegepersonalmangel	4
6. Transparenz	4

Einleitung

Das Gesundheitswesen der Schweiz ist weltweit eines der besten. Es zeichnet sich durch hohe Qualität¹, Wahlfreiheit², rasche Behandlung in Notfällen und Zugänglichkeit für alle Menschen aus. Damit leistet das Gesundheitswesen einen wichtigen Beitrag zu unserer hohen Lebensqualität und -erwartung.

Die Kosten des Gesundheitswesens steigen kontinuierlich an³. 2012 waren es 11,5% des BIP bzw. 68 Mrd. CHF. Das entspricht 705 CHF pro Person und Monat. Finanziert werden diese Ausgaben durch Prämien und Kostenbeteiligungen der Versicherten sowie mit Steuergeldern. Der demographische Wandel und die medizinisch technologischen Fortschritte werden generell als Kostentreiber anerkannt. Zusätzlich bestehen im schweizerischen Gesundheitswesen verschiedene Fehlanreize: Patientinnen und Patienten haben die Anspruchshaltung entwickelt, möglichst viel Leistung zu erhalten und jede Art von Behandlungs- und Diagnosemöglichkeit so weit wie möglich auszuschöpfen. Es ergibt sich eine kostentreibende Allianz zwischen den Patientinnen und Patienten, die monatlich ihre Prämien zahlen und dafür Leistungen konsumieren wollen und den Leistungserbringern, die danach streben, ihren Umsatz zu optimieren. Auf echte Eigenverantwortung der Akteure setzt unser solidarisch finanziertes Gesundheitswesen mit dem heutigen Vergütungssystem nicht.

In der Gesundheitsversorgung steht dem Mangel an Hausärztinnen und -ärzten auf dem Land eine allgemeine Überversorgung an Spezialistinnen und Spezialisten gegenüber. Der demografische Wandel führt dazu, dass es einen Fachkräftemangel in der Pflege gibt. Zusätzlich bedeutet die föderale Gliederung mit den 26 kantonalen Gesundheitssystemen Effizienzverluste und damit Mehrkosten.

Die Grünliberalen des Kantons Luzern setzen sich für eine nachhaltige Gesundheitspolitik ein. Ihr Ziel muss es sein, ein bedarfsgerechtes, qualitativ gutes und gleichzeitig wirtschaftliches Gesundheitssystem zu schaffen, dieses auch für die Zukunft zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei stehen die Würde und die Selbstständigkeit der Menschen im Zentrum. Statt des ökonomischen Profits einzelner Unternehmen ist der volkswirtschaftliche Nutzen des Gesundheitswesens zu beachten.

Die glp setzt sich deshalb ein für:

- **eine stärkere Fokussierung auf Gesundheitsförderung,**
- **mehr Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein,**
- **eine transparente und einheitliche Finanzierung für stationären und ambulanten Bereich,**
- **bessere Kooperation und Vernetzung aller Beteiligten,**
- **die Orientierung der Leistungen an den Aspekten Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit,**
- **eine Stärkung der kostengünstigen Hausarztversorgung,**
- **eine gute und finanzierbare Pflege.**

1. Prävention, Gesundheitsförderung und Eigenverantwortung stärken

Die Qualität unseres Gesundheitswesens zu erhalten oder gar zu verbessern und gleichzeitig die Kosten zu senken, ist eine grosse gesellschaftliche Herausforderung. Jede und jeder von uns kann etwas dazu beitragen, die Nachfrage nach Leistungen der Gesundheitsversorgung zu verringern. Es gilt deshalb, die Bevölkerung in ihrem Willen zu unterstützen, ihre Gesundheit zu erhalten und den Fokus vermehrt auf Prävention und Gesundheitsförderung zu legen. Dazu gehören Massnahmen wie wirkungsvolle Aufklärungskampagnen, finanzielle Anreize sowie infrastrukturelle Anpassungen, mit dem Ziel die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern und damit die Nachfrage nach Leistungen der Gesundheitsversorgung zu verringern.

¹ Es handelt sich dabei vor allem um eine hohe gefühlte Qualität. Dieser Eindruck entsteht durch eine hohe Versorgungsdichte an Hausärztinnen und -ärzten, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Spitälern, einen guten Zugang zu neuen Technologien und eine gute Servicequalität bei den Krankenversicherungen. Wie gut die Leistungserbringung tatsächlich ist (z.B. gemessen am Erfolg von OPs oder der Häufigkeit von Neuinfektionen in Spitälern), bleibt unklar.

² Das schweizerische Gesundheitswesen ermöglicht die Wahl aus einer Vielzahl von Versicherungen, Versicherungsmodellen, Ärztinnen und Ärzten (Hausärztinnen und -ärzte sowie Spezialistinnen und Spezialisten), Spitälern, Apotheken etc.

³ Im Vergleich zu 2011 stiegen die Gesundheitsausgaben um 5,3% oder um 25 CHF / Person und Monat. Das Verhältnis der Gesundheitsausgaben zum Bruttoinlandprodukt (BIP) stieg von 11,0% auf 11,5% an. (Quelle: Bundesamt für Statistik)

Da Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen ihre Wirkung langfristig entfalten, setzen sich die Grünliberalen dafür ein, dass diesem Umstand auch politisch Rechnung getragen wird. Ziel muss es sein, Anreize für alle Akteure des Gesundheitswesens zu setzen, sich ganzheitlich gesundheitsfördernd zu verhalten.

Auf Seiten der Leistungserbringer lässt sich mehr Eigenverantwortung durch integrierte Versorgungsmodelle oder solche mit Budgetverantwortung erreichen. Zusätzlich würden allgemein verständlichere Arzt- und Spitalrechnungen für mehr Transparenz sorgen und das Kostenbewusstsein von Patientinnen und Patienten fördern. Dazu gehört auch, gegen die Fehlanreize vorzugehen, die durch die unterschiedliche Finanzierung von stationärem Spitalbereich und ambulantem bzw. spitalambulanten Bereich entstehen.

2. Bessere Vernetzung und mehr Flexibilität

Sowohl zwischen den Kantonen als auch zwischen den einzelnen Leistungserbringern und den Versicherern besteht viel Potenzial für bessere Zusammenarbeit und damit mehr Qualität bei gleichzeitiger Erhöhung der Kosteneffizienz. Deshalb müssen Gesundheitsregionen gestärkt werden. Eine Steigerung der Koordination und Kooperation zwischen den Akteuren des Gesundheitswesens kann helfen, Doppelstrukturen zu vermeiden und eine bessere Konzentration auf das tatsächlich Nötige ermöglichen. Auch Haus- und Fachärztinnen und -ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Pflegefachleute, Altersheime, Labore, Spitäler und Apotheken müssen besser vernetzt werden.

Mit Hilfe eines ausgereiften eHealth-Konzeptes können Daten, die an verschiedenen Orten erhoben werden, künftig zentral gespeichert und für alle Behandelnden und Versicherenden, unter Einhaltung des Datenschutzgesetzes, zugänglich gemacht werden. Dies fördert integrierte Versorgungsmodelle mit einer besseren Verknüpfung vor- und nachgelagerter Behandlungen und kommt der steigenden Mobilität der Menschen entgegen. Zusätzlich trägt es dazu bei, Behandlungsfehler zu vermeiden und senkt gleichzeitig die Kosten.

3. Kosten sparende Verteilung der Hausärztinnen und -ärzte

Der zunehmende Ärztemangel in den ländlichen Gebieten ist vor allem ein Verteilungsproblem. Insgesamt gibt es genügend Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz. Allerdings ist der Anreiz heute klein (finanziell, Vereinbarkeit von Familie und Beruf), sich nach einem langen Ausbildungsgang für die Hausarztmedizin zu entscheiden. Entsprechend besteht ein Überangebot an spezialisierten Ärztinnen und Ärzten im Verhältnis zu den Hausärztinnen und -ärzten. Die verhältnismässig wenigen Hausärztinnen und -ärzte konzentrieren sich zudem vornehmlich in den Städten, während auf dem Land immer weniger Hausarztpraxen erhalten werden können. Damit sind auch zusätzlich Kosten für das Gesundheitssystem verbunden. Je mehr Ärztinnen und Ärzte eine Region aufweist, desto höher sind die Kosten pro versicherte Person.⁴ Ein grosses Ärzteangebot generiert demnach einen höheren Bedarf an Leistungen.

Eine flächendeckende Versorgung durch Hausärztinnen und -ärzte ist wünschenswert, weil sie einen raschen und kostengünstigen Zugang der Bevölkerung zur Grundversorgung ermöglicht. Die glp unterstützt eine Stärkung der Grundversorgung. Sie setzt sich ein, für marktwirtschaftlichere Rahmenbedingungen bei der Ärztezulassung und für ökonomische Anreize in der Tarifgestaltung⁵.

4. Spitäler aufwerten und Personalmangel bekämpfen

Für die Grünliberalen ist es wichtig, dass die Spitäler im Kanton Luzern ein effizientes, am Menschen und Patienten orientiertes Behandlungsspektrum bieten. Patientinnen und Patienten jeden Alters und jeder Versicherungsklasse sollen darin Platz finden.

Die glp fordert bei der Leistungsabgeltung der Grund- und der spezialisierten Versorgung die Einhaltung der gesetzlich festgeschriebenen Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW). Das bedeutet konkret: Redundante Angebote⁶ im Kanton müssen abgebaut und der Überversorgung im stationären Bereich z.B. durch Zusammenlegung von Spitälern entgegengewirkt werden. Beim Zugang zur Grundversorgung sollten die neuen Möglichkeiten der Rettungsdienste und der Rega Berücksichtigung finden, auch bei grösseren Distanzen schnell vor Ort zu sein. Es ist nötig, sich auf die Spezialisierung zu konzentrieren, um die Fallzahlen, die Kompetenz, die Qualität und die Effizienz der einzelnen Anbieter zu steigern.

⁴ Quelle: http://www.santesuisse.ch/de/dyn_output_graphic_detail.html?content.cid=8794&navid=416

⁵ Prüfwert wären z.B. Massnahmen wie die partielle Aufhebung des Vertragszwangs für Spezialärztinnen und -ärzte oder Prämien für Ärztinnen und Ärzte, die sich in unterversorgten Regionen ansiedeln, während Hausärztinnen und -ärzte in Regionen mit Überangebot einen Abschlag hinnehmen müssten.

⁶ Dazu zählen u.a. mehrere Gynäkologie- und Geburtsabteilungen, Orthopädie sowie Chirurgie mit redundanten Spezialisierungen.

Die Spitäler bilden eine wichtige Schnittstelle zwischen der ambulanten Grundversorgung und nachgelagerten Reha- und Pflegeinstitutionen. Sie sind deshalb dazu prädestiniert, die integrierte Versorgung voranzutreiben. Wenn Ärztinnen und Ärzte, Spitexvereine, Rehabilitationseinrichtungen sowie Alters- und Pflegeheime besser kooperieren, wird eine fließende Gesamtversorgung der Patientinnen und Patienten möglich, welche die Qualität und die Kosteneffizienz steigert. Medizintechnische, bauliche und personelle Voraussetzungen für eine langfristige und bedarfsgerechte Leistungserbringung müssen erhalten werden. Nachhaltigkeit lässt sich unter anderem auch erzielen, indem bei Neubauten darauf geachtet wird, dass sie bei Bedarf einfach umgestaltet und neuen Nutzungen zugeführt werden können. Vor allem im Bereich der professionellen Investitions- und Projektführung ist hier noch viel Potenzial vorhanden.

Auch dafür, dass der Ausbildungsstandort Luzern in Zukunft für Personal im Gesundheitswesen attraktiv bleibt, müssen die Spitäler einen Beitrag leisten. Sie sollten sich aktiv für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Angestellten einsetzen und marktkonforme Löhne entrichten. Dabei kann die Sicherheit der öffentlich-rechtlichen Anstellung in die Festlegung der Entlohnung mit einbezogen werden. Die Politik muss Anreize setzen, welche die Voraussetzungen dafür schaffen, gut qualifizierte und langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten.

5. Innovative Pflege, Palliativ-Care und mehr Ausbildung gegen den Pflegepersonalmangel

In der Pflege kann durch neue, flexiblere Angebote, bessere Qualität bei einem geringeren finanziellen Aufwand erreicht werden. Die Grünliberalen fordern deshalb, dass in der Alters- und Pflegeversorgung innovative Konzepte wie z.B. Care Farming, Zeitgutschriften, Mehrgenerationenhäuser, Wohnheimanteile und günstige Sonderbauzonen für Alterswohnungen vermehrt Anwendung finden. Ebenso muss für ineffiziente Regelungen eine bessere Lösung gefunden werden.

Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung ist die Förderung der Eigenverantwortung ein wichtiges Element. Um gesellschaftspolitisch verantwortbar zu bleiben und die Generationensolidarität zu erhalten, sollte sich die Pflegefinanzierung bei Pflegeheimaufenthalten auf die KVG-pflichtigen Pflegeleistungen beschränken. Die Pensions- und die Betreuungskosten müssen primär von den Leistungsbezügern finanziert werden. Erst im zweiten Schritt ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, einzelne Pflegebedürftige subsidiär mit Ergänzungsleistungen zu unterstützen. Mit Blick auf die Kosten ist es auch sinnvoll, Palliativ-Care-Strukturen zu fördern. Diese ermöglichen eine speziell auf das Lebensende ausgerichtete, qualitativ gleichwertige, aber kostengünstigere Versorgung.

Die Pflegefinanzierung muss den individuellen Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen gerecht werden. Sie sollen ihr Leben mit grösstmöglicher Eigenständigkeit und Selbstbestimmung gestalten können. Deshalb setzt sich die glp grundsätzlich für die Subjektfinanzierung ein.

Um dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken, fordern die Grünliberalen, die Hürden für Quereinsteigerinnen und -einsteiger abzubauen und damit den Zugang zum Beruf zu erleichtern. Dazu gehört, entsprechende Ausbildungsgänge für Quer- und Wiedereinsteigende sowie bessere Angebote im Bereich Karriereplanung und Berufsinformation zu fördern. Das aktuelle Bonus-Malus-System zur Schaffung von genügend Ausbildungsplätzen kann nur eine Übergangslösung sein. Langfristig muss die Pflegebranche selbst mehr Verantwortung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen übernehmen. Die Leistungserbringer sind in der Pflicht, für alle nicht-universitären Berufe im Bereich der Pflege, Therapie und Betreuung mit direktem Kontakt zu Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Klientinnen und Klienten, neues Personal zu qualifizieren. Nicht zuletzt setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert und die Wertschätzung des Pflegepersonals gesteigert werden.

6. Transparenz

Für eine einigermaßen objektive Auswahl des Leistungserbringers fehlt eine transparente Entscheidungsgrundlage. Deshalb sollten Daten zu Patientennutzen, Kosteneffizienz, Behandlungsqualität und Fallzahlen veröffentlicht werden. Auch mithilfe von Statistiken zu weichen Faktoren, wie Freundlichkeit und Komfort, könnte die Auswahl von Ärzten, Krankenhäusern und anderen Dienstleistern objektiviert werden.

Ausserdem würde mehr Transparenz einen gesunden Wettbewerb zwischen den Dienstleistern fördern. Die gleichen Benchmarks könnten ebenso für den interkantonalen bzw. internationalen Vergleich herangezogen werden, um Qualität nachvollziehbar zu machen und zu belohnen.